

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) Web: [www.prosv.at](http://www.prosv.at) \* [www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com)



### Schleichende Privatisierung der Gesundheitskosten

Zu wenige Kassenärzte, langes Warten auf Untersuchungstermine und Operationen. Der Finanzausgleich hätte eine Entlastung bringen sollen. Ziel war es, die niedergelassenen Arztstellen (v.a. in Primärversorgungszentren) um 500 Stellen zu erweitern. Dafür hätte die Sozialversicherung 800 Mio. Euro jährlich benötigt. Jetzt gibt es bloß 223 Mio. netto. ÖGK-Obmann Andreas Huss:

*„Bereits jetzt bezahlen sich die Menschen in unserem Land rund 23 % der 51 Mrd. Euro Gesundheitsausgaben zusätzlich zu Steuern und Beiträgen aus der eigenen Tasche, das sind ca. 11 Mrd. Euro pro Jahr. Die öffentliche Hand entledigt sich daher mehr und mehr ihrer Verantwortung für ein solidarisches Gesundheitssystem und läßt die Finanzierungslast mehr und mehr auf den privaten Taschen der Menschen ab, zum Beispiel bei Wahlarztkosten, Zahnbehandlungen, privater Krankenversicherung, Medikamenten und sonstigen Selbstbehalten. Es wäre daher höchste Zeit gewesen, den Steueranteil an den Gesundheitsausgaben anzuheben, um die Menschen bei den Privatzahlungen zu entlasten. Leider ist davon nichts zu sehen.“*



Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer auf den Spuren von FPÖ und Ex-FP-Ministerin Hartinger-Klein

## ÖVP-Abkanzler Nehammer



*ÖVP-Kanzler und Reichenfreund Nehammer unter Parteifreunden: Massive und verächtliche Kanzelt er alleinerziehende und teilzeitarbeitende Frauen, Kinder, Arbeitslose, Arme, Gewerkschaften oder Linke ab*

Trotz Pandemie, Krise und Ukrainekrieg speist die Regierung die Menschen mit Einmalzahlungen ab. Gleichzeitig hat sie scheint's einen Profit-Preis-Pakt mit der Industrie geschlossen. Anders ist es nicht zu erklären, dass sie die Menschen nicht dauerhaft entlastet, sondern weiter belastet. Miet-, Gas-, Lebensmittelpreisbremsen kommen gar nicht oder zu spät. Die Profite der Unternehmer werden selbst in der schweren Krise nicht in Frage gestellt. Deshalb wird eine Vermögens- und Erbschaftsteuer von der Wirtschaft und ihrer Unternehmer-Regierung entschieden abgelehnt und ausgeschlossen. Ganz und gar nicht ins Auge gefasst wird eine **Wertschöpfungsbesteuerung. So eine Besteuerung der Millionäre und der Wertschöpfung würde nämlich die über die Jahrzehnte aus der Arbeit aller Menschen zusammengerafften Vermögen der Profiteure und Reichen wirklich angreifen und eine Umverteilung zu jenen bewirken, die es wirklich brauchen.**

Dass die Regierung nicht der Freund der arbeitenden Menschen ist, ist ja hinlänglich bekannt. Mit welcher Verachtung der ÖVP-Kanzler am Werk ist, bislang nicht.

*Fortsetzung nächste Seite*

Hier nur zwei der die Menschen verachtenden Aussagen Nehammers aus dem aufgetauchten Video:

### **Zitat 1**

*„Wenn i z'wenig Geld hab, geh i mehr arbeiten. Weil dann muss ich ja mehr Geld haben. Passiert aber nicht. Die Teilzeit-Quote ist unverändert.“*

Nehammer verdient 22.618 Euro brutto im Monat. Das ist fast das 9,5-fache des Durchschnittsverdienstes von ca. 2.380 Euro brutto. Den Frauen zahlen die Firmen im Schnitt ein Drittel weniger, also knapp 1.600 Euro brutto im Monat – bei Vollzeit, theoretisch. Denn viele Stellen sind nicht in Vollzeit, sondern nur in Teilzeit, besonders für Frauen, ausgeschrieben. Zum Beispiel im Handel. Der Verdienst ist unverschuldet entsprechend gering. Zudem leisten Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit. Die Unterstellung von Nehammer, dass die Frauen faul seien und nicht arbeiten wollen, ist ungeheuerlich!

### **Zitat 2**

*„Was heißt ein Kind kriegt keine warme Mahlzeit in Österreich? Wisst's was die billigste warme Mahlzeit in Österreich ist, ist nicht gesund, aber sie ist billig: Ein Hamburger bei McDonald's. 1,40 Euro. Wenn ich jetzt noch Pommes dazu kauf, sind's 3,50 Euro.“*

Mit dieser Aussage wandelt Nehammer auf der Spuren der FPÖ und von Ex-FP-Ministerin Hartinger Klein, die meinte, dass man neben der Miete mit 150 Euro im Monat auskommen könne.



Foto-Quelle: repect.net

Damals war übrigens der sich nun als künftiger „Volkskanzler“ verkaufende FPÖ-Chef Kickl in der ÖVP-FPÖ-Regierung von Kurz-Strache. Da gab es keinen Aufschrei von Kickl/FPÖ gegen Hartinger-Kleins Menschenverachtung, im Gegenteil. Heute heuchelt die FPÖ Empörung über die Aussagen Nehammers. Das ist genauso glaubhaft wie das angebliche Eintreten der FPÖ für die Neutralität Österreichs.

Nicht nur Nehammer tickt so, sondern die ganze ÖVP. Nicht nur Nehammer hat am Tag nach dem Bekanntwerden seine verächtlichen Aussagen bekräftigt, auch Ministerin Raab und andere „Verantwortungsträger“ der ÖVP.

So ein Menschenbild prägte diese Partei schon früher. Die Vorgängerpartei der ÖVP, die „Christlich-Sozialen“ (CS), errichteten unter Dollfuß ab 1933 den katholischen, autoritären, austrofaschistischen Ständestaat mit Verbot von Sozialdemokratie, Kommuisten, Gewerkschaften, Anhaltelagern, Gefängnis, Arbeitsdienst und Bundesheereinsatz gegen und Schießen auf Arbeiter, standrechtlichen Todesurteilen (Februar 1934).

Führende Austrofaschisten waren in der 2. Republik nach 1945 in Wirtschaft und Politik in führenden Positionen wie z.B. ÖVP-Bundeskanzler Raab.

Ändern wird sich die Unternehmer-, Hausherren-, Hotelliers-, Konzern- und Guts herrnpartei ÖVP nicht, auch nicht, sollte Nehammer einmal politisch weg sein sein.

Das sei der SPÖ ins Stammbuch geschrieben, die auf eine ÖVP ohne Nehammer oder auf „Christlich-Soziale“ in der ÖVP hofft. Die Grünen regieren trotz allem mit der ÖVP weiter, FPÖ und NEOS haben auch kein Problem mit dieser Menschenverachter-ÖVP zu koalieren.

\*

## **Rund 200.000 Menschen in Österreich sind arm**

So viele Menschen in Österreich leben an der Kippe zu akutem existenziellen Mangel oder manchmal auch schon darunter. Das ergab die EU-weite Silc-Einkommenserhebung 2022. Wohnen, Heizen, Essen – das Stillen dieser Grundbedürfnisse fällt den Betroffenen mit dem Geld, das sie zur Verfügung haben schwer. So schwer, dass oft eine dieser drei Bedürfnisse hintangestellt werden muss. Das ist dann oft das Essen. Erstanfragen bei den Sozialberatungsstellen z.B. der Caritas sind 2022 um 50 % gestiegen. Besonders betroffen sind Menschen mit Kindern die in Jobs im Niedriglohnsektor arbeiten. Betroffen sind insbesondere Frauen als Alleinerziehende oder Mütter in der Großfamilie, die wegen der Betreuungspflichten auf Teilzeitjobs angewiesen sind.

\*

### **Arbeiterkammer stellt Verlust an Wohlstand fest**

Noch sei der Sozialstaat gut ausgebaut. Doch der sechste Wohlstandsbericht zeigt Rückschritte in allen Bereichen. Notwendig seien und Vorrang haben sollten kürzere Arbeitszeiten, mehr Investitionen in Klimaschutz und Wohnraum.

\*

### **Gierflation I Preistreiber Hotels + Gastro**

Die Gastronomie rechtfertigt die Preiserhöhungen immer mit den gestiegenen Lohnkosten. Eine Studie der Nationalbank (ÖNB) macht nun die Gewinnaufschläge, nicht die reine Kostenweitergabe für die hohe Teuerung mitverantwortlich. Machte die Inflation im September bei 6,1 %, so lag sie in der Beherbergung im zweistelligen Bereich.

\*

### **Gierflation II Profit-Preis-Spirale**

Die Löhne treiben nicht die Teuerung an: Laut Momentum Institut erhöhen die Unternehmen im Zuge der allgemeinen Teuerung ihre eigenen Preismargen. Hauptinflationstreiber bleiben die hohen Energiekosten.

# FPÖ: „Soziale Heimatpartei“ in der „Festung Österreich“?

**Damit wirbt die FPÖ. Doch wie auch bei anderen Parteien, so ist auch bei der FPÖ nach der Wahl alles anders als vor der Wahl.**

Das zeigte sich jüngst in Salzburg. Wie in Niederösterreich wollten ÖVP und FPÖ nie und nimmer miteinander zusammen regieren, beschimpften und bekämpften sich auf unterstem Niveau bis aufs Messer. Dann Wahltag. ÖVP verlor, FPÖ gewann. NÖ-Mikl-Leitner und Salzburgs Haslauer wurden schnell mit FP-NS-Liederbuch-Germanie-Affären-Landbauer bzw. FP-Svazek einig. FP-Landbauer und FP-Svazek wurden gleich LH-Stellvertreter:in.

Wie schaut nun im Land der Festung Hohensalzburg zum Beispiel die „soziale Heimat-Festungspolitik“ der FPÖ aus? Bildet die FPÖ-Politik „eine feste Burg“ für das Volk gegen die Begehrlichkeiten der Konzerne? Nein, im Gegenteil: Als LH Haslauer, gleichzeitig Aufsichtsratschef der Salzburg AG, bald nach den Landtagswahlen die Verdoppelung des Gaspreises von 5,98 Cent auf 11,88 Cent bekannt gab, bekam er sofort Schützenhilfe von seiner FP-Stellvertreterin Svazek. Sie sprach von einer Notwendigkeit der Erhöhung und dass man „Maßnahmen entwickeln werde, um Härtefälle abzusichern“ (Salzburger Nachrichten, 24.8.2023). Hier geht Svazek genauso vor wie die Bundesregierung oder auch Wien. Die von der FPÖ sonst so kritisierten Einmalzahlungen sind jetzt auch in Salzburg „die Lösung“. Man sieht also auch die FPÖ regiert nach dem Motto: Die Konzerne schonen, das Volk belasten.

## **Zuerst mit der FPÖ regieren, dann vor ihr „warnen“?**

In den letzten Wochen haben alle Regierungs- und Oppositionsparteien mehr oder weniger vor einer FPÖ-Regierung gewarnt bzw. eine Koalition mit ihr bzw. mit Kickl ausgeschlossen. Gut so. Denn was mit der FPÖ droht, haben ja schon die Koalitionen mit ihr gezeigt. Besonders FP-Kickl als Innenminister unter Kurz (2017-2019), zeigte was uns blüht, wenn sich zwei Rechtsparteien wie

ÖVP und FPÖ um die Macht streiten, insbesondere um Macht und Befugnisse bei der „Inneren Sicherheit“, also bei „Staatssicherheit“, Polizei- und Überwachungsstaat.

Wie die FPÖ mit Kritikern umgeht, selbst wenn sie bloß karbaretistisch unterwegs sind, ist alarmierend und zeigt beispielhaft der Würgegriff der FP-Security am ORF-Journalist Peter Klien.

Ganz bewusst auch bringt die FP immer wieder Nazi-Versatzstücke ins Spiel und lässt ihre FP-Jugend ein diesbezügliches Video machen. Kickl höchstpersönlich lobt und verharmlost in ORF die rechts-rechten faschistischen Identitären als NGO. Kein Wunder, sprach Kickl doch 2016 höchstpersönlich auf deren Kongress.

## **Mit dem Volk hat der selbsternannte „Volkskanzler“ nichts im Sinn**

Und nichts Gutes vor. Das zeigen nicht nur die aktuellen Vorfälle und die ÖVP-FPÖ-Landesregierungen, sondern das zeigt auch die „Sozial- und Gesellschaftspolitik“ der FP seit Jahrzehnten:

Vorgeblich für „die Österreicher“ zu sein, wird gegen Ausländer, Zuwanderer und – egal ob In- oder Ausländer –, gegen Arbeitslose, Sozialhilfebezieher, Arme, Frauen usw. gehetzt. Tatsächlich wird auch von der FPÖ für die Reichen Politik gemacht und mit Industrie und Konzernen gepackelt, der Sozialstaat bekämpft und zerstört, Aufrüstung und Militarisierung im Rahmen der EU/NATO gefördert. Die Negativliste würde viele unserer Zeitungen füllen.

Bei allen bisherigen Regierungsbeteiligungen im Bund war die FPÖ immer Mehrheitsbeschaffer für die ÖVP-Politik des Sozialabbaus, des wirtschaftlichen Ausverkaufs, des Demokratieabbaus, der NATO-Annäherung, der EU-Militär- und Kriegsaufrüstung und damit der Neutralitäts-Aushöhlung. Und die ÖVP der Türöffner für die FPÖ zu den Machtrögen. Hier nur einige Beispiele aus den vier vergangenen Jahrzehnten:

Unter SPÖ-Sinowatz mit FP-Steger 1983-1986

- Beginn mit der Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie/Voest im Interesse der Privatwirtschaft

Unter ÖVP-Schüssel und FP-Riess-Passer 2000-2006 mit FP/BZÖ-Haider & Co

- durch von FP-Grasser (später Wechsel zur ÖVP) Vollprivatisierung und Ausverkauf der Verstaatlichte Industrie an die Privatwirtschaft;
- „Pensionsreform“ mit 30% Verlust für die künftigen Pensionist:innen im Interesse der privaten Versicherungskonzerne;
- durch FP-Verteidigungsminister Scheibner Eurofighter-Kauf, NATO-Annäherung und Untergrabung der Neutralität im Interesse der NATO- und der EU-Rüstungsindustrie (EADS)

Unter ÖVP-Kurz und FP-Strache 2017-2019

- durch FP-Innenminister Kickl, der das schwarze Machtkartell in Polizei und Überwachung in einen blau-braunen Polizei- und Überwachungsstaat umfärben und überführen wollte. Dabei ging es nicht um „mehr Sicherheit“ für die Bevölkerung, sondern darum, im BVT eigene Leute zu installieren und an Infos zu Rechtsextremen und Verbindungen zur FP zu gelangen
- mit Hilfe von FP-Strache Einführung des 12-Stunden-Tag und der 60-Stundenwoche im Interesse der Industrie
- durch FP-Sozialministerin Hartinger-Klein Umbau und Umfärbung der Sozialversicherung, womit die Unternehmer und die ÖVP mittels der Wirtschaftskammer die Mehrheit in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung (ÖGK) erhielten
- durch FP-Verteidigungsminister Kunasek weiterer Abbau der Neutralität durch weiteren Ausbau von Österreichs Beteilidigung am EU-Militär- und Kriegsaufrüstungprogramm PESCO

Fortsetzung nächste Seite

## **Die Rechtsentwicklung kommt nicht von unten, sie wird von oben gefördert und finanziert**

Die Förderer sind die etablierten Parteien mit ihren Finanziers aus „der Mitte“, die Unternehmer, Bosse, Reichen, Konzerne und Industrie.

Was alle Parteien gemeinsam haben, sozusagen als ihr „Kapital“, das sind zunächst die Wähler:innen. Das Wiedererstarken der FP in der Gunst der immer weniger werdenden Menschen, die bereit sind beim Wahltheater mitzumachen (Wahlbeteiligung ging seit den 1970er Jahren von 90 % und mehr auf derzeit 65 bis 75% zurück), ist die Schwäche der anderen Parteien, die immer weniger Wähler bewegen, geschweige bei der Stange halten können.

Die Menschen glauben den Versprechungen der diversen Parteien immer weniger. Das versucht die FP und Kickl zu nutzen und sich als „letzte Hoffnung für dieses Land“ (Krone, 8. 10. 2023) für die Wähler:innen hinzustellen. So hofft FP-Kickl mit 30% Wählern bei z.B. 75% Wahlbeteiligung = ca. 22% der Wahlberechtigten, Erster zu werden. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist das nicht. Doch möglicher Erster zu werden setzt Kickl und seine Werbestrategen absichtlich mit „Mehrheit der Bevölkerung“ gleich. Und die Medien machen dieser Lüge durch ständige Wiederholung zur angeblichen „Wahrheit“. Warum?

Da die FP die wirklichen Verursacher der Misere für die Menschen, die Profitwirtschaft und die Konzerne, auch nicht benennt und somit schützt, kommt sie den Herrschenden und ihren Medien in der jetzigen Situation, wo die anderen Parteien abgewirtschaftet haben, zurecht. Die FP bietet sich in Wirklichkeit als „letzte Hoffnung“ für das Kapital an. Wie?

Da ist die Pressekonferenz von FP-Kickl mit der deutschen AfD-Chefin Alice Weidel erleuchtend. Weidel empörte sich über den deutschen Verfassungsschutz, der durch bestehende und geplante Verbote der AfD, weil: Wir sind „Parteien, die Millionen von Wählern binden ...“ (ORF, Ö1 Mittagsjournal, 19.9.2023).

## **„Wählerbindung“**

Das ist das Zauberwort. Diese Aussage der Rechten ist verräterisch weil sie entlarvt, was die angebliche „Alternative“ AfD oder die FP als „letzte Hoffnung“, so wirklich vorhaben: Appell an die Kapitalisten, also die wirklich Herrschenden, eben nicht an die gerade regierenden Politeliten, dass AfD bzw. FP es für das Kapital richten könnten, nämlich: Millionen von Wählern „zu binden“. Das heißt, zu schauen, dass die Menschen, die zunehmend durch die Profitwirtschaft unter Druck kommen nicht nach links gehen, nicht gegen das Kapital rebellieren. AfD und FPÖ bieten sich an, die Wut zu kanalisieren, die Wütenden zu „binden“. Sie bieten und bieten sich an als „Millionen-Wähler-Binder“ (Kleber) für die Konzernbosse. Für den Fall, dass der bisherige Politik-Vertretungs-Schmäh, der bisherige Politi-Kleber, nicht mehr funktioniert. Dass die Rechten da nicht zimperlich sind und ihre rechten Stoßtrupps und Security aber auch Personal und Mittel der Institutionen der „inneren Sicherheit“ einzusetzen bereit sind, das zeigte die Innenministerschaft Kickls schon einmal – und das war erst ein Anfang.

## **Knüppel aus dem Sack gegen Gewerkschaften, Betriebsräte, Linke, Protest, Widerstand und Streik**

Während trotz aller Wahl- und Parteiwechsel, trotz aller Krisen und Kriege die Profite der Konzerne wuchsen und der Reichtum und das Vermögen einiger Weniger immer mehr werden, haben sich die Lebensbedingungen und der Wohlstand der Masse der Bevölkerung stetig und in letzter Zeit beängstigend schnell verschlechtert.

Und hilft nicht mehr die „Sozialpartnerschaft“ die Menschen auszu-beuten und ruhig zu halten, dann sollen die Rechten a la FPÖ in Österreich oder AfD in Deutschland die „Wählerbindung“ betreiben. Mit einer Politik der Ablenkung, der Spaltung, des „teile und herrsche“, die in eine Politik des „Knüppel aus dem Sack“ mündet und sich schließlich gegen alle arbeitenden Menschen richtet. Das endet in einem

autoritären Staat, in einem autoritären, letztlich faschistischen System.

Und die sich jetzt noch als in der „Mitte stehend“ gebenden Konservativen? Die bieten sich an die Rechten an. Aber auch SPÖ-, AK- und ÖGB-Spitzen geben den Forderungen von Industrie und Rechten nach, statt dagegen zu kämpfen. Das ist nötig und möglich, wenn sie sich mit den Menschen verbinden, diese aufklären, mobilisieren und ermutigen bei voller Unterstützung durch AK und ÖGB sich gemeinsam zu wehren. Allein der Appell „Wählt uns, dann seid ihr vor den Rechten sicher“, zieht immer weniger oder gar nicht mehr. Und vor allem:

## **Gemeinsam mit anderen aktiv werden ist erforderlich**

Wählen alleine hilft nicht. Die jahrzehntelange Politik im Interesse des Kapitals macht die Menschen müde und bringt die Rechten an die Macht. Der Fisch beginnt beim Kopf zu stinken. Die Profitwirtschaft verursacht Wirtschaftskrisen mit Teuerung und Armut, Klimakrise mit Zerstörung von Natur und Umwelt und Krieg mit Hunderttausenden Toten, mitsamt der Gefahr der atomaren Vernichtung. Auch die sich jetzt als Alternative aufspielenden Rechtsparteien a la FPÖ sind Teil dieser tödlichen Machenschaften auf Kosten der Masse der Bevölkerung.

## **Diese Entwicklung stoppen – eine andere Zukunft erkämpfen**

All diese Entwicklungen geben tatsächlich Anlass zu Unbehagen und Angst vor Schlimmerem. Doch Angst ist kein guter Berater, Ärger, Wut oder Empörung sind verständlich und berechtigt, doch letztlich nicht zielführend. Drängen und ermutigen wir die Vertreter:innen der arbeitenden Menschen vom Betriebsrat über Gewerkschaften, AK, ÖGB, SPÖ, Jugend- und Pensionistenverbände, Klimaschutz- und Friedensorganisationen dazu, aktiv zu werden, ihre Mitglieder zu organisieren. Erheben wir uns – gemeinsam und selbständig – niemand anders wird für unsere Lebensinteressen eintreten. Von „denen da oben“ ist nichts zu erwarten. Die denken nur an ihr eigenes Profit-Überleben.

# Ukraine-Krieg: Kampf um unsere Werte?

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission:

**„Die Ukraine verteidigt beeindruckend unsere europäischen Werte!“** Deshalb soll die Ukraine EU-Mitglied werden. Die Präsidentin fügte hinzu: **„Die Ukraine verdient diesen Status, denn sie ist bereit, für den europäischen Traum zu sterben.“**

(Fußnote 1)

**Nein, es geht nicht um unsere Werte, nicht um Menschenrechte, nicht um Freiheit. Es geht dem großen Kapital um Russland, um seine Rohstoffquellen und Einflussphären. Dafür sollen die Menschen wieder in den Krieg ziehen und bereit sein zu sterben!**

\*

## **Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab!**

Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist sofort zu stoppen. Dieser Krieg Russlands gegen die Ukraine ist gleichzeitig ein Krieg zwischen den USA, dem privatkapitalistischen Staat mit seinen Dollar-Milliardären samt einem Militärbudget von ca. 1000 Milliarden Dollar pro Jahr und ca. 800 Militärstützpunkten auf der ganzen Welt und Russland, dem staatskapitalistischen Staat mit seinen Oligarchen-Milliardären mit einem Jahresmilitärbudget von 60 Milliarden Dollar und ca. 25 Militärstützpunkten in neun ehemaligen Sowjetrepubliken und einem in Syrien. Hier steht Russland den USA gegenüber, die die Ukraine finanzieren und vor allem militärisch aufrüsten. Die USA planen seit Gründung der NATO 1949, zunächst die Sowjetunion, danach Russland zu schwächen. Sie haben unter anderem Tschechien, Polen, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien und jüngst auch Finnland in die NATO aufgenommen und damit Russland von Europa fast isoliert. Nach dem Ende der Sowjetunion und der darauf folgenden starken Privatisierung, die der erste Präsident Russlands, Jelzin (1991-1999), forcierte, kam am 1. Januar 2000 Putin an die Macht, der der Privatisierung Grenzen setzte und dafür ein staatskapitalistisches Oligarchensystem ausbaute.

Die USA streben, auch unter Nutzung der Ukraine, einen Regime-Sturz Putins an. Letztlich wollen sie sich die kontinentale Landmasse Russlands mit seinen riesigen Boden-, Süßwasser-, Erdöl- und Erdgasschätzen aneignen. Ihr Ziel ist, die Entstehung von einem oder mehreren privatkapitalistischen Staaten auf dem jetzigen Territorium Russlands

voranzutreiben, um so über große privatwirtschaftliche Konzerne und ihnen willige Politiker dieses riesige Gebiet auszubeuten und ihren geostrategischen Interessen unterzuordnen (siehe: [https://de.wikipedia.org/wiki/Zbigniew\\_Brzeziński#Die\\_einzige\\_Weltmacht\\_1997](https://de.wikipedia.org/wiki/Zbigniew_Brzeziński#Die_einzige_Weltmacht_1997)) Die Ukraine dient unter anderen diesen Plänen.

## **Militärische Anbindung der Ukraine an die USA**

Seit den 1990er Jahren trainieren die USA Teile der ukrainischen Streitkräfte in Hinblick auf einen Krieg gegen Russland. Sie haben in der Ukraine 2014 einen lange geplanten Putsch inszeniert, um dort eine ihnen genehme Regierung zu installieren. Und sie haben 2019 die RAND-Cooperation beauftragt, eine Strategie auszuarbeiten, die Putin zu einer Invasion in der Ukraine veranlassen könnte ([https://www.rand.org/pubs/research\\_briefs/RB10014.html](https://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB10014.html)).

*„Die USA haben auch seit Jahren die Ausbildung und Ausstattung des Asow-Regiments betrieben, bekannt für seinen Rechtsextremismus und bekennende Neonazis. 2016 hatte der US-Kongress bereits eine Resolution verabschiedet, nach der das US-Militär die Neonazi-Organisation weder trainieren noch unterstützen oder mit Waffen versorgen darf. Das Pentagon erreichte allerdings, dass die Resolution aus dem Pentagon-Budget-Gesetz wieder entfernt wurde“* (Telepolis, 2.11.2019). Das Asow-Regiment ist nun offizieller Teil der ukrainischen Nationalgarde, mit geschätzt 5.000 Mann. Im Ukraine-Krieg geht es nicht um „unsere Werte“, um Menschenrechte, um Demokratie, um Freiheit, wie in unseren Medien seit Kriegsbeginn getrommelt wird. Es geht den USA um Russland, um noch mehr Profite für die Riesen-Konzerne. Die EU unter Führung Deutschlands machen dabei mit.

Die Ukraine ist schon 1994 der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ beigetreten. Das ukrainische Militär nahm seit 1997 regelmäßig an NATO-Manövern im Schwarzen Meer teil und seit 2007 regelmäßig an der NATO-Operation Active Endeavor, die der Kontrolle des Mittelmeers dient. Die Ukraine hatte Pro-Kopf schon vor dem Ukraine-Krieg das größte Militärbudget aller Staaten. (2021 5,9% des Bruttonationalproduktes = BIP). Nach dem Putsch 2014 haben das ukrainische Militär und rechtsextreme Truppen in den Provinzen Donezk

und Lugansk bis Februar 2022, dem Beginn des russischen Kriegs, laut OECD ca. 14.000 Menschen getötet.

### **Wirtschaftlicher Ausverkauf der Ukraine**

Die Herrschenden in der Ukraine beschlossen 1992, ein Jahr nach der Staatsgründung, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und 2004 der Welthandelsorganisation (WTO), d.h. den Kommandozentralen des internationalen Kapitals beizutreten. Bedingungen dafür waren: Freigabe der Preise und des Wechselkurses, Öffnung für ausländisches Kapital, Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung. Von ca. 500.000 Betrieben wurde die Hälfte geschlossen, die andere Hälfte von ausländischen Konzernen und inländischen Oligarchen gekauft. Vor allem große EU- und US-Konzerne kauften sich in der Ukraine, dem Niedrigst-Lohn-Staat von Europa, ein.

Sehr gut fürs Geschäft der Reichen, schlecht für die große Mehrheit der Bevölkerung. Das Bruttonationalprodukt (BIP) sank von 1991 bis 2013 um 30%, die Stromproduktion um 35%, die Stahlproduktion um 57% usw.

Nach dem Putsch 2014 stellte die Ukraine den Handel mit Russland ein. Die Industrie war seit damals noch mehr der Konkurrenz des EU-Kapitals ausgesetzt und somit noch weniger konkurrenzfähig. Die Ukraine wurde praktisch deindustrialisiert, es blieb vorwiegend die Landwirtschaft. Auf Verlangen der EU schloss der Staat 2014 auch das EU-Ukraine Assoziierungsabkommen ab. Die Bedingungen waren: Freie Marktwirtschaft, Abschaffung der Schutzzölle und nichttarifären Handelshemmnisse, Abbau staatlicher Subventionen, Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Die wirtschaftliche Lage für die Bevölkerung verschlechterte sich noch weiter. 2014 lebten 15% der Bevölkerung an der Armutsgrenze. 2018 waren es schon 25% (Weltbank). Und der IWF stellte fest: *„Die Ukraine gehört zu den 18 Ländern auf der Welt, deren Wirtschaftsleistung während der Periode von 1990 bis 2017 zurückgegangen ist, sie liegt auf dem fünftletzten Platz.“* Der Mindeststundenlohn betrug 2021 nur 1,21 Euro, das ist weniger als in Bangladesch und anderen asiatischen Staaten. Deshalb lassen auch viele Welt-konzerne aus EU-Staaten und den USA, z.B. aus der Textil-, Leder-, Autozubehör- oder der Pharmabranche, in der Ukraine produzieren, wo es u.a. kaum Arbeitsaufsicht durch den Staat gibt und systemisches Arbeitsunrecht herrscht.

### **Gesundheit**

2020 lebten 45% der Bevölkerung der Ukraine unter der Armutsgrenze. *„Die ärmste Bevölkerung ist auch die kränkste in Europa. Die Ukraine steht an erster Stelle der Todesfälle wegen Mangelernährung.“* Laut einer WHO-Studie ist dort die Herz-Kreislauf Todesrate auf Grund von Ernährungsrisiko am

höchsten von 51 untersuchten Staaten (Unsere europäischen Werte: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine – <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86079>).

Das Gesundheitswesen ist chronisch unterfinanziert. 2020 drohten Massenentlassungen für 50.000 Angestellte im Gesundheitswesen bzw. Schließung von Krankenhäusern. Dazu der ukrainische Gesundheitsminister: *„Das ist ein Abbau ... Abbau medizinischer Mitarbeiter ... in zwei bis drei Jahren bekommen wir eine Erhöhung der Tuberkulose-Rate um 30% ... eine erhöhte Sterblichkeit durch Tuberkulose“* (Nowoje Wremja, 25.4.2020).

### **Die Pensionen in der Ukraine**

Die Durchschnittspension betrug 2013, vor dem Maidan-Putsch, noch 140 Euro, der höchste Wert bisher in der Ukraine. Seit 2017 beträgt die Durchschnittspension 55 Euro. Immer mehr Pensionist:innen müssen weiterarbeiten. (<https://www.laenderanalysen.de/ukraine-analysen/200/aktuelle-sozialdaten/> Nr. 200, 27.04.2018) 2018 betrug die Mindestrente 40 Euro.

### **Die Lage der Arbeiter und Angestellten in der Ukraine**

Das Arbeitsgesetz vom Dezember 2019 ist Zeichen eines weiter verstärkten Arbeitsunrechts:

Es enthält u.a. Arbeit auf Abruf; Entlassungen müssen nicht mehr begründet werden; extreme Verbilligung von Überstunden (statt 100% Zuschlag nur mehr 20% Zuschlag); Abschaffung der Kollektivverträge – es gelten nur mehr Individualverträge; in Unternehmen mit unter 250 Beschäftigten, das sind über 95 Prozent der Unternehmen, sind keine Tarifverhandlungen erforderlich. Davon profitieren vor allem staatliche Unternehmen und u.a. Agrar-, sowie Nahrungsmittel- und Tabakkonzerne wie z.B. Nestle und Philipp Morris. Außerdem plant Selenskyj die Gewerkschaften zu enteignen, ihr Vermögen soll eingezogen werden. Sie haben aus sowjetischer Zeit noch wertvolle Grundstücke und Gewerkschaftshäuser und zwar in den Zentren der Städte. Hunderttausende Ukrainer protestierten gegen das neue Gesetz – darüber berichtete keine westlichen Medien. In einem gemeinsamen Brief vom 9. September 2021 haben die Internationale Gewerkschafts-Föderation und die Europäische Gewerkschafts-Föderation – ITUC, CSI, IGB – die ukrainische Regierung und das mit der Integration der Ukraine beauftragte EU-Komitee darauf hingewiesen: Die Ukraine verletzt mit dem neuen Arbeitsgesetz nicht nur alle Arbeitsrechte der UNO und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, sondern auch die niedrigen Standards der EU. Selenskyj hat darauf nicht reagiert (Sharan Burrow/ITUC and Luca Visentini/ETUC: Letter to Mr. Volodymyr Zelenskyy and others, Brussels 9. September 2021, [pmqinfo.dp.ua/images/photo-news/09\\_2021/original\\_lista.pdf](https://www.pmqinfo.dp.ua/images/photo-news/09_2021/original_lista.pdf)).

## Enteignung und Verarmung der Bauern

Nach der Selbstständigkeit bekamen die etwa sieben Millionen Bauern aus ihren Kollektivfarmen im Durchschnitt etwa vier Hektar Land als Eigentum zugeteilt. Das ist zu wenig, um eine eigenständige Landwirtschaft zu betreiben. Deshalb verpachteten die Bauern bisher ihr kleines Land an in- und ausländische Oligarchen für eine niedrige Pachtgebühr, gegenwärtig im Durchschnitt für 150 Dollar pro Jahr, 2008 waren es 80 Dollar. (Unsere europäischen Werte: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86079>)

Die ukrainischen Oligarchen kauften 100.000te Hektar Land zusammen, ausländische Konzerne pachteten das Agrarland. Später hat wohl der Ausverkauf an ukrainischem Boden weiter zugenommen. Das Oakland-Institut schreibt, dass bis 2020 ca. 6 Millionen Hektar Ackerboden an in- und ausländische Konzerne verkauft wurde.

(<https://www.oaklandinstitute.org/blog/who-really-benefits-creation-land-market-ukraine>)

2023 waren es dann schon 9 Millionen Hektar.

<https://www.oaklandinstitute.org/country/ukraine>

Und das obwohl der Verkauf an ausländische Konzerne bis heute offiziell verboten ist.

## Ausverkaufspolitik und Schuldendiktat

Die Ausverkaufspolitik an in- und ausländische Firmen brachte mit sich, dass die Bewohner der Ukraine zum Großteil zu wenig Einkommen hatten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Ein Teil der Bürger wanderte deshalb aus. Die Einwohnerzahl der Ukraine schrumpfte von 52 Millionen 1990 auf 46 Millionen 2020. Dazu kommt, dass heute weitere 8 Millionen Ukrainer ständig im Ausland arbeiten, sie sind billige Arbeitskräfte für die westlichen Firmen. Das BIP der Ukraine beträgt offiziell 7.500 Dollar pro Kopf im Jahr, das ist der 140. Platz in der Welt.

Zu der Entwicklung der Ukraine sagte der Aufsichtsratsvorsitzende der ukrainischen Nationalbank 2020 unter anderem: *„In 13 aufeinander folgenden Jahren war eine negative Handelsbilanz zu beobachten ... Wir rutschen in eine Entwicklung zum Agrarstaat hinein, der a priori in Schulden versinkt und seine internationale Rolle verliert.“* (UNIAN, 17.1.20) *„ ... Und ein Agrarstaat kann nicht allen Ukrainern Arbeit sichern. Er braucht so viel Bevölkerung nicht! Deshalb wird die Situation mit der Emigration von Jahr zu Jahr schlimmer. Die Ukraine wird eine Bevölkerung von nicht mehr als 15-20 Millionen ernähren können. D.h. jeder Zweite wird im Ausland Arbeit suchen müssen.“* (strana.ua, 24.4.20). Welcher Zynismus des Bankchefs – er sagt seinen Landsleuten: Leute, wandert aus. Das ist eine Katastrophe für die Masse der ukrainischen Bevölkerung, aber gut für die westlichen Kapitalisten in ihrer Gier nach billigen Arbeitskräften.

Die Schulden des ukrainischen Staates wuchsen immer weiter. Der IWF, dessen Kredite allein noch den Staatsbankrott verhinderten, stellte der

Selenskyj-Regierung nun 2020 ein Ultimatum: Um weiterhin Schuldendeckung zu erhalten, musste die Ukraine zwei Gesetze verabschieden, wollte sie weiterhin Geld bekommen oder sie würde den Staatsbankrott riskieren. Das eine Gesetz war das Bankengesetz, das andere die Landreform. Dieses Gesetz (Gesetz Nr. 552-IX) wird hier behandelt.

## Landreform

Die Landreform bedeutete Umwandlung von Grund und Boden in echtes Eigentum. Der größte Teil (über 70%) des wertvollen Ackerbodens in der Ukraine (ca. 41 Millionen Hektar) gehört trotz all den großen Käufen der Oligarchen immer noch einem staatlichen Bodenfond, d.h. dieser Boden war bisher nur zu pachten nicht aber zu kaufen. Das Gesetz lautete in der ersten Phase: Ab 1.1.2021 können Bauern ihr Land verkaufen. Für den Landkauf gilt eine Obergrenze von 100 Hektar pro Käufer. Es ist nur ukrainischen Bürgern gestattet, Land zu besitzen. Zweite Phase der Gesetzesreform gültig ab 1.1.2024: Auch Kapitalgesellschaften ist es erlaubt, Land zu kaufen. Obergrenze: 10.000 Hektar. Das Gesetz verbietet zwar noch Verkäufe an Ausländer bzw. an Gesellschaften mit ausländischen Anteilseignern (Bundeszentrale f. Politische Bildung = bpb 11.12. 2020). Doch Ukrainer, die als Strohmann für ausländische Multis fungieren, werden sich wohl finden. Aber Selenskyj plant ohnehin als einen nächsten Schritt ein **Referendum**, dass der Handel mit Ackerboden offiziell zugelassen wird. Wenn große ausländische Agrarkonzerne Ackerboden in der Ukraine kaufen können, dann ist das selbst für die ukrainischen Agraroligarchen, erst recht für mittlere und kleine Bauern, eine übermächtige Konkurrenz. Landarbeiter werden dadurch in Zukunft in großer Zahl arbeitslos werden. Gegen das Gesetz erhob sich in der Ukraine ziemlicher Widerstand. Selenskyj fand dafür selbst in seiner Partei keine Mehrheit, boxt das Gesetz letztlich 2020 im Parlament mit Hilfe der Partei Poroschenkos durch, einem Politiker, den er davor noch der Korruption und des Vaterlandsverrats bezichtigt hatte. Das Gesetz trat dann ab 1.1. 2021 in Kraft!

## Korrupt und bankrott

Selenskyj ist seit 2019 Präsident eines korrupten und bankrotten Staates, ein Präsident der sich wie sehr viele Regierungen völlig dem Finanzkapital unterordnet. Schon die meisten Regierungen der Ukraine von 1990 bis 2021 haben nur gegen ihr Volk regiert und für die Reichen. Seit dem Krieg Russlands versucht Selenskyj Putin für alles, was in der Ukraine nicht funktioniert, verantwortlich zu machen. Der ukrainische Staat ist schon seit Jahren, schon lange vor dem Krieg pleite, kann die Schulden nie mehr zurückzahlen. Jeden Tag begibt sich Selenskyj in noch mehr ausländische, westliche Abhängigkeit, obwohl er täglich behauptet, sich für die Selbstständigkeit der Ukraine einzusetzen.

## Die Opfer sind die Menschen

Die Leidtragenden und die Opfer sind die Soldaten und die Zivilbevölkerung. Die Zeche des Ukrainekrieges zahlen auch alle Menschen im Westen nicht nur durch die weitere Sanktionspolitik und die Aufrüstung der Ukraine, sondern auch durch die eigene Aufrüstung und Militarisierung der jeweiligen Länder in Europa im Windschatten und im Namen des Ukraine-Krieges. Die USA/NATO und die EU-Staaten finanzieren die Ukraine in diesem Krieg und sie rüsten sie mit 100en Milliarden Dollar bzw. Euro auf. Gleichzeitig rüsten ein Teil der EU-Staaten ebenfalls für eigene Zwecke enorm auf. Fürs Militär werden Milliarden Euros zur Verfügung gestellt während sonst meist überall gespart wird. In Deutschland gibt es gleich einmal 100 Milliarden Sonderbudget fürs Militär. Im neutralen Österreich erhält das Bundesheer bis 2032 16 Milliarden, mehr Geld als je zuvor. Es wird für den Krieg gerüstet. Täglich werden wir belogen, dass uns Putin bedroht, täglich heißt es, wir sind nicht mehr sicher. Das stimmt, wir sind nicht mehr sicher: weder vor unserer eigenen Regierung noch vor den anderen Parteien. Denn sie alle sind es, die uns in einen neuen großen Krieg hetzen wollen, sie alle stimmen in das Geheul, in die Angstmache ein. Es werden Bedrohungsszenarien erfunden, damit wir möglichst ohne Widerstand all die Teuerung, Lebensmittelpreise oder Mietpreiswucher usw. und den weiteren Ausverkauf der Neutralität hinnehmen, z.B. durch die Teilnahme an der von EU/NATO/Deutschland vorangetriebenen Sky-Shield-Raketensystem (siehe dazu eigenen Beitrag). Im Gesundheitssystem, bei

der Kinderbetreuung, bei den Schulen, bei den Unis usw., überall wird gespart. Beim Militärbudget, bei der Polizei, bei der „Sicherheit“, da geht das von uns durch unser aller Arbeit erwirtschaftete Geld hin. Wir sollen weiter Steuern zahlen, alle Belastungen hinnehmen bzw. auch willig in einen neuen Krieg marschieren.

**Es geht beim Ukraine-Krieg weder um Menschenrechte noch um Freiheit – im Gegenteil! Diese Werte werden dazu missbraucht, um uns in der tagtäglichen Propaganda auf einen Krieg gegen Russland, einen Krieg gegen China vorzubereiten.**

**Wir Österreicher:innen dürfen da nicht mitmachen, sondern müssen als Bewohner eines neutralen Staates dieser Kriegshetze entschieden entgegentreten und die Regierung dazu bringen, die verfassungsmäßige Neutralität zu vertreten und einzuhalten.**

**Ja zur Neutralität!**

**Friedensverhandlungen statt Krieg!**

Fußnote 1: Quelle des Zitates

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-ukraine-verteidigt-beeindruckend-unsere-werte-2022-05-20\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-ukraine-verteidigt-beeindruckend-unsere-werte-2022-05-20_de) – Und es sei beeindruckend, „wie sie unsere Werte verteidigen, mit allem, was sie haben, bis zu ihrem Leben“ (FAZ 17.5. 2022).

*Aritikel aus: Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg, Nr. 3, Oktober 2023*

## Ukrainekrieg und ÖGB

In der Ukraine findet ein Stellvertreterkrieg statt. Wir sind solidarisch mit der ukrainischen und der russischen Bevölkerung aber nicht mit deren Regierungen. Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab! Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist sofort zu stoppen. **Doch wie verhält sich die ÖGB-Spitze, wenn gegen den Krieg und für einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen eingetreten wird?**

Im Juni fand eine Friedenskonferenz statt, für die der ÖGB Räumlichkeiten zugesagt hatte, diese Zusage aber zwei Tage vor Beginn auf Druck der ukrainischer Vertreter in Österreich stornierte.

Wir haben die Friedenskonferenz zwar nicht unterstützt. Der Grund: Schon im Aufruf zur Konferenz und dann auf der Konferenz spielte die Bedeutung und Wichtigkeit der Neutralität Österreichs, einer wirklichen, aktiven und engagierten Neutralitätspolitik gegen den Ukrainekrieg, als Beitrag nicht nur zur Sicherheit Österreichs, sondern auch für den internationalen Frieden, keine Rolle, außer dass der Tagungsort Wien im (noch) neutralen Österreich liegt.

Weil im Aufruf nicht nur Russland verurteilt, sondern auch die Rolle des Westens, von USA, NATO, EU, vor dem Krieg angesprochen und Waffenstillstand und Friedensverhandlungen verlangt wurden, haben Medien davor massiv gegen die Konferenz Stim-

mung gemacht. Der ÖGB hat diesem Druck nachgegeben und auf Einflussnahme offizieller Stellen der Ukraine die Raumnutzung storniert. Der ÖGB gab in seinem „Begründungsschreiben“ für die Stornierung ganz offen zu, dass die Absage auf Druck ukrainischer Vertreter erfolgte: „*Jetzt sind mehrere Vertreter:innen des unschuldig im Krieg befindlichen Landes an uns herangetreten und haben uns gebeten, unsere Unterstützung für Ihre Veranstaltung zurückzuziehen.*“

Die Konferenz fand dann kurzfristig woanders statt.

Wir verurteilen diese Vorgangsweise des ÖGB. Der ÖGB befleckt sich einmal mehr – wie schon seinerzeit bei der Volksabstimmung zum AKW

**Fortsetzung nächste Seite**



Zwentendorf, als sich der ÖGB ganz auf die Seite der Industrie und der Konzerne stellte.

Wir verurteilen entschieden den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine. Wir haben das vom ersten Tag an klar gemacht. Wir sind gemeinsam mit vielen Antikriegs- und Friedensgruppen schon am 13. März 2022 klipp und klar gegen diesen Krieg und gegen die Kriegstreiber in Ost u n d West öffentlich auf die Straße gegangen und haben dazu auch den ÖGB eingeladen. Der ÖGB nahm nicht teil.

Seitdem sind wir weiter öffentlich, etwa am 1. Mai 2023, gegen den Krieg und für Frieden aufgetreten und werden das auch am 26. Oktober 2023, dem Nationalfeiertag, entsprechend machen (Einladung zur Teilnahme auf der letzten Seite).

Schon im Sommer 2022 haben wir einen Aufruf "Unsere Neutralität - unsere Sicherheit" ([www.unsere-neutralitaet.at](http://www.unsere-neutralitaet.at)) mit in die Wege geleitet und auch den ÖGB zur Unterstützung eingeladen. Der ÖGB trat dem – im Gegensatz zu zahlreichen Betriebsrät:innen – nicht nahe.

### Wer nicht nach Frieden sucht ...

... oder nicht einmal Friedenssuche auf einer Konferenz im neutralen Österreich zulässt und einen seit langem zugesagten Saal zwei Tage vor Veranstaltungsbeginn absagt, tritt alle demokratischen Spielregeln und die eigenen Statuten mit Füßen.

Der ÖGB hat in den Statuten stehen, dass er sich für Frieden und Neutralität einsetzt – was hier geschieht ist das gerade Gegenteil. Natürlich muss der ÖGB niemanden einen Saal überlassen. Aber die konkreten Umstände sind offensichtlich interessegetrieben. Wer heute nicht alle Kriegstreiber in Ost u n d West beim Namen nennt und entschieden verurteilt, und so den Frieden sucht, ist auch nicht mit der Forderung „Die Preise runter“ glaubhaft. Denn was treibt die Preise? Profitgier, Kriegsgier in Ost u n d West.

Wer profitiert von einem noch längeren Krieg? Auch die österreichische Rüstungsindustrie stellt sich schon bei den diversen Rüstungstöpfen der EU an. Dagegen sagen die ÖGB-Spitzen nichts? Auch gibt es vom ÖGB kein einzig kritisches Wort zur

geplanten Teilnahme Österreichs am von Deutschland, EU und NATO vorangetriebenen Raketenschild „Sky Shield“ (siehe dazu einen eigenen Beitrag). Schweigen bedeutet Zustimmung.

90% der Menschen in Österreich sind für die Neutralität, 70% sind – nach einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik – für eine Beendigung des Krieges und für Waffenstillstands- bzw. Friedensverhandlungen in der Ukraine.

Und die ÖGB-Spitze – steht abseits – oder auf der anderen Seite. Steht die ÖGB-Spitze noch auf der Seite der arbeitenden Menschen?

Die Aktienkurse steigen, die Menschen sterben in der Ukraine für den Stellvertreterkrieg USA/NATO/EU – Russland. Und auch bei uns zahlen die Menschen dafür.

**Als immerwährend neutraler Staat sollte Österreich die Kriegsursachen aufzeigen und bekämpfen und auf Frieden hinarbeiten – der ÖGB zuvorderst!**

**Unsere Neutralität = unsere Sicherheit**  
[www.unsere-neutralitaet.at](http://www.unsere-neutralitaet.at)

## KV-Verhandlungen 2023: Klassenkampf von oben

*„Die Unternehmer sollen ja nicht jammern“*

Das sagte nach dem Start der KV-Verhandlungen Salzburgs AK- und ÖGB-Präsident Peter Eder. Völlig berechtigt. Alleine im Bundesland Salzburg haben sich die größten Betriebe 2,2 Milliarden Euro rausgeholt an Dividenden, Gewinnausschüttungen usw. (Salzburger Nachrichten, 4. 10. 2023).



Quelle: PRO-GE, ÖGB

### Preise runter: Protest gegen Teuerung

Am 20. September haben die Gewerkschaften als Auftakt zu den KV-Verhandlungen eine Menschenkette um das Parlament als Protest gegen die Teuerung mit tausenden Teilnehmer:innen durchgeführt.

### Welche Taten folgen den Worten der Gewerkschaftsspitzen bei den KV-Verhandlungen?

9,6 % ist die „rollierende Inflation“, also die Inflation von September 2022 auf September 2023. Noch einen Tag vor der Forderungsübergabe an die Industrie am 25. September hat der neue PRO-GE-Vorsitzende Reinhold Binder in der ZIB 2 richtig gesagt, dass allein die Mieten

um 20% und die Lebensmittelpreise um 25% gestiegen sind. Und jetzt? Jetzt haben die Gewerkschaften PRO-GE und GPA beim Start der „Metallerlohnrunde“ 11,6% gefordert.

### Das soll genug sein? Nein, Löhne rauf!

Wenn nicht, dann müssen wir selbständig und gemeinsam aktiv werden, um die Gewerkschaftsspitzen zum Handeln im Interesse der Mitglieder und der arbeitenden Menschen zu bringen.



Machen wir es wie die Kolleg:innen der Sozialwirtschaft. Die verlangen ein Plus von 15%, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden – und waren und sind auch streikbereit.

# Teilnahme am EU/NATO-Sky Shield gefährdet die Sicherheit und Neutralität Österreichs

Sky Shield ist nicht, wie von Österreichs Regierung behauptet, ein mit der Neutralität Österreichs vereinbares EU-Vorhaben. Im Gegenteil: es ist ein vom NATO-Land Deutschland initiiertes, NATO-Raketensystem von EU-Staaten, das mit der Neutralität Österreichs absolut nicht vereinbar ist. Sie reden von Neutralität und reihen Österreich immer mehr in USA/EU/NATO-Militärbündnisse und deren Aufrüstungs- und Kriegspläne ein.

Wohl nicht zufällig macht das NATO-skeptische NATO-Land Frankreich dabei nicht mit! Aber das neutrale Österreich schon? Da NATO-Deutschland bei diesem angeblichen „europäischen Sky Shield“ federführend ist, bedeutet eine Teilnahme Österreichs daran einen neuerlichen militärischen Anschluss an Deutschland! Das ist klipp und klar neutralitätswidrig und gefährdet die Sicherheit Österreichs mehr als ein sogenanntes „Himmels-Schutzschild“! Von Anfang an war klar, dass es sich bei diesem Sky Shield-Projekt um ein NATO-Vorha-

ben handelt. Als dieses vom NATO-Land Deutschland geführte Vorhaben erstmals bekannt wurde, hat Österreichs Verteidigungsministerin Klaudia Tanner gesagt, dass man erst schauen müsse, ob das nicht irgendwie als EU-Projekt dargestellt werden könne, sodass Österreich sich daran beteiligen könne.

Deshalb wird jetzt nur mehr von einem EU-Projekt geredet, an dem aber nicht einmal „die EU“ als Ganzes beteiligt ist.

## Sky Shield ist kein Abwehrsystem, sondern ein Teil des USA/NATO-Atom-Erstschlagsystems gegen Russland.

Es soll dazu dienen, einen atomaren Erstschlag gegen Russland sicherzustellen. Russland soll damit gelähmt, eine Rückschlagkapazität Russlands so unmöglich gemacht werden.

Westliche, z.B. kanadische Autoren, trauen den USA aufgrund der US-„Präventivstrategie“ zu, sogar einen dritten Weltkrieg zu riskieren. (Quelle: FOCUS online: Atomarer Erstschlag als Option? Experten warnen: Die US-Präventivstrategie führt zu einem dritten Weltkrieg.

[https://www.focus.de/politik/ausland/atomarer-erstschlag-als-option-experten-warnen-die-us-praeventivstrategie-fuehrt-zu-einem-dritten-weltkrieg\\_id\\_4795479.html](https://www.focus.de/politik/ausland/atomarer-erstschlag-als-option-experten-warnen-die-us-praeventivstrategie-fuehrt-zu-einem-dritten-weltkrieg_id_4795479.html))

Aktuell bedeutet das, mit Hilfe von Sky Shield einen Atomkrieg gegen Russland zu riskieren. Sky Shield ist das Vorhaben, vom kalten Krieg wegzukommen und einen heißen Weltkrieg „führbar“ zu machen. Welche Ungeheuerlichkeit!

## ÖVP und Grüne unterlaufen mit Sky Shield die Neutralität und ziehen Österreich in künftige Kriege hinein

Unter der der Öffentlichkeit verkauften harmlosen Bezeichnung einer „Einkaufsgemeinschaft“ plant Verteidigungsministerin Tanner, mit Deutschland gemeinsam das Raketensystem Iris-T-SLM (Infra Red Imaging System Tail Surface Launched Medium Range) der deutschen Rüstungsfirma Diehl Defence anzuschaffen. Für vier Kurzstrecken und vier Langstreckensysteme sind 2 Mrd. Euro vorgesehen. Aber noch mehr: **Tanner will Österreich von Deutschland „mitschützen“ lassen.** Ab einer gewissen Höhe soll Deutschland auch den österreichischen Luftraum mit weitreichenden Waffensystemen wie Arrow 3 verteidigen. Soll Österreich wieder unter Mithilfe österreichischer Wasserträger von Tanner bis zum Kanzler „am deutschen Wesen genesen“? Nein!

**Für Österreich muss es so oder so heißen: Egal, ob Deutschland-, EU- oder NATO-Projekt, eine**

Teilnahme widerspricht der immerwährenden Neutralität Österreichs grundsätzlich, die eine Teilnahme an Militärbündnissen verbietet. Und Sky Shield ist ein militärisches Bündnis für eine EU/NATO-Raketenabwehr im Rahmen des NATO-Militärbündnisses.

Machen das Österreichs Verantwortliche entgegen die in der Verfassung verankerte immerwährende Neutralität, ziehen sie unser Land erst recht in Konflikte und Kriege hinein und gefährden erst dadurch die Sicherheit der Bevölkerung, machen dadurch Österreich erst recht zum Angriffsziel. Das hatten wir schon und wollen es nicht wieder haben.

Je waghalsiger und ungeheuerlicher die Neutralitätsverletzungen der Regierung werden, umso lauter schreien sie, dass das alles mit der Neutralität vereinbar sei oder gar dem „Schutz der Neutralität“ diene. So will man ablenken und erreichen, dass möglichst kein breiter, außer-parlamentarischer Widerstand gegen den Ausverkauf der Neutralität, gegen Militarisierung und Krieg entsteht und stattfindet.

Nur weil auch die Regierung der Schweiz eine Absichtserklärung zur Teilnahme an Sky Shield abgegeben hat, ist das ganz und gar kein Beweis dafür, dass eine Sky Shield-Teilnahme mit der Neutralität Österreichs vereinbar wäre, wie Kanzler Nehammer und Ministerin Tanner behaupten. Das Vorgehen der Schweizer Regierung bedeutet nur, dass auch in der Schweiz die dort Verantwortlichen gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung ebenso wie die österreichischen Verantwortlichen gegenüber der österreichischen Bevölkerung Neutralitätsbruch betreiben.

### **Die Lüge von der EU-Beistandsverpflichtung Österreichs**

Absichtlich falsch behauptet wird in diesem Zusammenhang, dass Österreich als EU-Land wegen der „EU-Beistandsverpflichtung“ an solchen „EU-Maßnahmen“ teilnehmen müsse. Das entspricht nicht den Tatsachen: Österreich hat beim EU-Beitritt einen Neutralitätsvorbehalt unterschrieben („Irische Klausel“), der sich in allen einschlägig dazugehörigen Paragraphen wiederfindet.

**Es gibt kein Muss!** Österreichs Verantwortliche wollen die Neutralität missachten und letztlich abschaffen. Das ist Verfassungsbruch, denn die Neutralität steht im Verfassungsrang. Zudem sind insbesondere seit dem Ukrainekrieg 90 Prozent der Österreicher:innen für die Beibehaltung der Neutralität, d.h. gegen eine Teilnahme an Militärbündnissen, Kriegsvorbereitungen und Kriegen.

Österreichs Neutralität ist nicht überholt – gerade in Kriegszeiten. In Friedenszeiten neutral zu sein, ist keine Kunst. Die Neutralität jetzt noch mehr auszuhöheln oder aufzugeben ist wie die Feuerwehr im Brandfall nicht auszurücken zu lassen oder sie gar abzuschaffen.

Die Neutralität ist die Lehre aus zwei Weltkriegen, sich nie wieder in Großmachtkonflikte hineinziehen zu lassen, sich nie wieder an Konflikten und Kriegen zu beteiligen. Neutralität heißt, gegen die Kriegstreiber in Ost und West aufzutreten und sich unter keinen Umständen Militärbündnissen an- oder einzugliedern.

### **FPÖ: Neutralitätsheuchler**

Wenn sich die FPÖ zuletzt immer wieder als „Verteidiger der Neutralität“ aufspielt ist das nicht glaubwürdig und ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen Regierenden und „Opposition“. Erstens war die FPÖ 1955 bei Erklärung der immerwährenden Neutralität gegen die Neutralität Österreichs, unter Schwarz-Blau mit ÖVP-Kanzler Schüssel in den 2000er Jahren für den NATO-Beitritt Österreichs und unter Türkis-Blau mit Kurz für die EU-Aufrüstung (PESCO). Ebenso trat FPÖ-Strache 2017 für eine EU-Armee mit Atombewaffnung ein (Presse, 26.2.2017). Zweitens beteiligt sich die FPÖ am üblen Spiel der Herrschenden mit verteilten

Rollen zum Schaden Österreichs. So wird von den Regierenden und den Medien die FPÖ als die einzige „Neutralitäts-Partei“ hingestellt. Damit soll die Neutralität und alle, die die Neutralität befürworten, ins rechte Eck gestellt und die Neutralität schlecht gemacht und zudem so als nur von einer Minderheit gewollt hingestellt werden. Denn die ca. 30% FPÖ-Wähler entsprechen bei einer Wahlbeteiligung von 75% etwa 22,5% der (wahlberechtigten) Bevölkerung also in Wirklichkeit noch weniger. Doch in der Gesamtbevölkerung liegt die Zustimmung zur Neutralität bei bis zu 90%!

### **ÖVP und NEOS:**

#### **Für NATO bzw. EU-Armee statt Neutralität**

Im gültigen Parteiprogramm der ÖVP aus 2015 wird die Neutralität nicht einmal mehr genannt, sondern die „Weiterentwicklung hin zu einer Verteidigungsunion mit dem langfristigen Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee“ (Seite 43). Ähnlich die NEOS, die in ihrem Programm 2019 für eine EU-Armee eintreten und Sky Shield als wichtigen Schritt zur EU-Verteidigungsunion sehen (APA, 2.7.2023).

Wobei wiederholt darauf hingewiesen werden muss, dass es die sogenannte „EU-Verteidigung“ oder die EU-Armee ohne NATO nicht gibt, nur mit der NATO durchgeführt wird – was man ja gerade auch bei Sky Shield sieht.

#### **SPÖ: Wo bleibt das klare Bekenntnis der Parteispitze zur Neutralität?**

Und was ist die Haltung der SPÖ zu alledem? Zu Sky Shield würden ihr die genauen Informationen noch fehlen, um sich positionieren zu können, so die offizielle Ausrede, während Ministerin Tanner schon zwei Absichtserklärungen dazu unterschrieben hat. Allein was in den Medien berichtet wird, würde genügen, dieses Vorhaben in Hinsicht auf die Neutralität abzulehnen. **Alarmierend ist, dass das seitens der SPÖ nicht geschieht.**

**Ebenso alarmierend sind die neuen Töne der SPÖ-Parteispitze für eine EU-Armee, für die Aufhebung des EU-Einstimmigkeitsprinzip und für Kriegseinsätze auch ohne UNO-Mandat. Und kein Wort zur Neutralität.** Ein Zufall?

Hat sich die Ex-Parteichefin Pamela Rendi-Wagner noch zu Beginn des Ukrainekrieges wenigstens in Worten strikt für die Neutralität ausgesprochen, hört man seitdem nichts mehr dazu. Ihr Konkurrent um den SPÖ-Parteivorsitz, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, hat zur Neutralität auch nichts gesagt, bzw. hat schon als Verteidigungsminister gegen die immerwährende Neutralität gearbeitet, usw. für eine „interessensgeleitete Neutralität“ im Rahmen der EU-Militarisierung (PESCO) und „EU-Globalstrategie“, mit der sich die EU weltweit „verteidigen“ will. Wie gerade in der Ukraine?.

**Und was meint der neue Parteivorsitzende Andreas Babler zu Krieg und Neutralität?**

*Fortsetzung nächste Seite*

In seiner Parteitagsrede am 3. Juni kommen die Worte Neutralität, Frieden oder Krieg, obwohl Krieg in der Ukraine herrscht, mit keinem Wort vor. Aber nur ein paar Tage später, erklärte er, dass

- Waffenlieferungen an die Ukraine „*richtig*“ seien (Krone, 11.6.2023)
- er einen Bundesheereinsatz in Kriegsgebieten der Ukraine zur Entminung nicht ausschließen wolle (Puls 24, 7.6.2023)
- die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik „*eine berechnete Frage*“ sei, gegen die er sich nicht positionieren wolle (Puls 24, 7.6.2023: <https://www.puls24.at/video/puls-24-newsroom-live/babler-zu-einer-oevp-koalition-und-entminungen-in-der-ukraine/v1a48rca01tn0>)
- man über eine EU-Armee, für die bisher offen nur die NEOS sind, „diskutieren sollte“ (Standard, 9.6.2023)
- Auslandseinsätze des Bundesheeres auch ohne UNO-Mandat erfolgen sollten: „*Ich glaube, es ist zu wenig, wenn man sich immer darauf zurückzieht, dass Einsätze nur mit UN-Mandat möglich sind*“ (Standard, 9.6.2023)

**Das ist ein Schlag ins Gesicht all jener Menschen, die der SPÖ wegen ihrer vorgeblichen Friedens- und Neutralitätspolitik die Treue halten oder jetzt neu beigetreten sind.** In der Hoffnung auf NEOS, Grüne oder auch ÖVP als Koalitionspartner, die alle mehr oder weniger für die EU/NATO-Militär- und Aufrüstungspolitik sind, ist auch der neue SP-Chef bereit, Österreichs Neutralität aufzugeben und Österreich und seine Menschen Kriegstreibern

auszuliefern. Diese Ansagen Bablers sind ungeheuerlich. Eine Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips in der EU macht es möglich, dass noch mehr über die Interessen Österreichs und auch über seine Neutralität hinweg entschieden werden könnte. Es gäbe nicht einmal mehr die „konstruktive Enthaltung“, bei der wir zwar zahlen, indirekt also mitmachen, aber nicht in den Krieg ziehen müssen. Folgerichtig tritt Babler für eine EU-Armee, die es ohne NATO nicht gibt, und EU-Einsätze auch ohne UNO-Mandat ein. Und was bedeutet das? Völkerrechtswidrige Angriffskriege wie die USA schon in Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Irak, usw. geführt oder jetzt Russland gegen die Ukraine führt, soll künftig auch die EU machen dürfen. Bei Aufhebung des EU-Einstimmigkeitsprinzips soll dann auch Österreich dabei mitmarschieren.

### **Alle „Volksvertreter“ gegen die Bevölkerung**

Man sieht also, **ALLE „Volksvertreter“** treten die in der Verfassung verankerte und verpflichtende immerwährende Neutralität Österreichs und damit die Sicherheitsinteressen der österreichischen Bevölkerung mit Füßen! Das dürfen wir nicht zulassen – um unser selbst und unserer Kinder willen!

**Es ist mehr denn je so: Eine Teilnahme an Sky Shield untergräbt die immerwährende Neutralität und damit die Sicherheit Österreichs.**

**Daher: Nein zur Sky Shield-Teilnahme. Ja zur Neutralität – Nein zum Mitmachen bei Aufrüstung von EU/USA/NATO- und Militarisierung oder gar Kriegsteilnahme!**

### **Tag der Neutralität 26. Oktober 2023, ab 10.00 Uhr**

1010 Wien, Ring, Eingang Volksgarten zum  
Heldenplatz

**Wer mitmachen will meldet sich bitte unter:**  
[oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)

### **Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?**

**Wir sind ein Forum** von Kolleg:innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist:innen. Mehr über uns auf: [www.prosv.at](http://www.prosv.at)

#### **Impressum:**

Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949

### **Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser:innen und Aktivist:innen. Wer unsere Auffassungen teilt, ist herzlichst zur aktiven Mitarbeit eingeladen.

### **Spenden-Konto**

**Einzahlungen** mit beiliegendem Zahlschein  
oder per Überweisung

**Empfänger:in:** ÖSK / **Verwendung:** Spende

**IBAN:** AT85 6000 0101 1022 7626

**BIC:** BAWAATWW

**Datenschutzerklärung** siehe unter: [www.prosv.at](http://www.prosv.at)